

Die Zerreißprobe

In Klein Borstel, in der Nähe der Wohnung von ZEIT-Redakteur FRANK DRIESCHNER, soll ein Flüchtlingsheim entstehen. Jetzt lernt er seine Nachbarn von ganz neuen Seiten kennen. Ein Tagebuch



Foto: Lara Huck für DIE ZEIT

Klein Borstel unter Hochspannung: Verkräftet der Ort 700 Flüchtlinge? Die Nachbarschaft ist gespalten

Montag, 24. August, 16.43 Uhr. »Hi, Frank, ich habe gerade Interessantes gehört: Der Rest der Anzugsgärtnerei wird bebaut. Ein Flüchtlingsheim für 700 Leute soll entstehen. Informiert wurden nur die unmittelbaren Nachbarn.«

Dank WhatsApp weiß ich genau, wann mich die Nachricht erreicht hat – nur hatte ich da noch keine Ahnung, was sie bedeutete. Noch vor fünf Wochen konnte ich mir nicht vorstellen, dass einige meiner Nachbarn in unserer Neubausiedlung angesichts der Aussicht, neben einer Unterkunft für Flüchtlinge leben zu müssen, in Tränen ausbrechen würden. Dass sie Klagemöglichkeiten prüfen und dass einige auf die Idee kommen würden, Geschäfte zu boykottieren, deren Inhaber sich für Vertriebe einsetzen. Mein Wohnort Klein Borstel war für mich bis zu diesem Montag nichts weiter als ein Wohlstandsidyll zwischen Alstertal und Ohlsdorfer Friedhof, das durch die Kräfte des Immobilienmarkts die Probleme der Welt draußen hält. Darum habe ich auch nicht lange überlegt, wie ich es finde, dass dieser Ort nun seinen Teil der Flüchtlingskrise tragen sollte.

Mittwoch, 26. August. Spontane Versammlung im Gemeinschaftsraum unserer autofreien Siedlung. Vielen ist unbehaglich angesichts der Größe der geplanten Unterkunft. Doch niemand kann sagen, wohin die Menschen sonst sollen. Außerdem hat sich herumgesprochen, dass Anwohner den Sophienter-

rasen-Anwalt Gero Tuttlewski engagieren wollen. Ich mache mir Notizen und fasse die Argumente für ein Manifest zusammen, für das wir Unterschriften sammeln. »Angesichts der aktuellen Notlage und der zahlreichen großen Unterkünfte in weniger wohlhabenden Teilen Hamburgs halten wir die geplante Unterkunft in Klein Borstel nicht für »überdimensioniert«, heißt es darin. Nicht überdimensioniert: Das zielt auf die hiesige CDU-Abgeordnete, die das Gegenteil behauptet. Gut hundert Erwachsene in den 240 Haushalten des Neubaugebiets unterschreiben. Ich auch.

Die Gegenseite hat immerhin schon einen Mailverteiler. »Ich habe eben mit dem Chefredakteur des *Abendblatts* Lars Haider telefoniert, der ein Freund von mir ist«, schreibt einer. »Er schlägt ein Gespräch von 5–6 frisch Betroffenen mit dem Bürgermeister oder Innensenator vor. Das Ganze würde übernächsten Samstag prominent erscheinen.« Ein anderer teilt mit, Anwalt Tuttlewski habe im Neubaugebiet inzwischen 46 Mandanten, »sehr wahrscheinlich ist, dass noch deutlich mehr dazukommen werden.«

Mittwoch, 2. September. Deutschland ist ergriffen von der eigenen Hilfsbereitschaft, in Klein Borstel organisieren sich vor Eintreffen der Flüchtlinge schon ihre Unterstützer: Die Initiative »Klein Borstel hilft« eröffnet eine Facebook-Seite.

Donnerstag, 3. September. Wer sind die Helfer, bloß Linke und die Kirchengemeinde? Von wegen: Die Gemeinschaft der lokalen Ladeninhaber schließt sich an. »Wir können die Klein Borsteler verstehen, die Sorgen, Fragen und Bedenken wegen der neuen

Situation haben. ABER – eine starke Gemeinschaft und der Zusammenhalt vieler kann die Herausforderungen meistern«, schreiben die Geschäftsleute an die Initiative »Klein Borstel hilft«.

Freitag, 4. September. Der Heimatverein, der mir bislang nur als Herausgeber eines betulichen Hochglanzhefts aufgefallen war, erklärt: »Heimat ist ein Ort, wo Nachbarn sind, die mich freundlich empfangen. Bei denen ich das Gefühl habe, Mensch zu sein und nicht ein Störenfried. Lasst uns mit diesen Gedanken unsere neuen Nachbarn willkommen heißen.«

Unterdessen haben meine autofreien Nachbarn Solidaritäts-T-Shirts bedruckt und auf dem Flohmarkt verkauft. Ergebnis: Mehr als 1000 Euro für die künftigen Bewohner der möglichen Unterkunft.

Mittwoch, 9. September. Eine Kundin erklärt dem Blumenhändler, der eine Wohnung an Flüchtlinge vermietet: Sie werde ihre Blumen in Zukunft woanders kaufen.

Donnerstag, 10. September. Zum ersten Mal treffen sich die Gegner der Unterkunft öffentlich, an die 60 Leute kommen in den Gemeindefaal. Tenor: Man dürfe das Feld nicht den Unterstützern überlassen. Die vielen Solidaritäts-T-Shirts werden hier als Einschüchterungskampagne wahrgenommen.

Dienstag, 15. September. Die Verwaltung stellt in der Aula der Schule ihre Pläne vor. Die Debatte verläuft hitzig, kaum ein Redebeitrag, der nicht durch Unmutsäußerungen der Gegenseite unterbrochen wird. Anwalt Tuttlewski versucht sich als Agitator und wird niedergeschrien.

Mittwoch, 16. September. Die einen engagieren sich, die anderen engagieren einen Anwalt – seit gestern ist allen klar, wie tief gespalten der Ort ist. Auf der Mailingliste geht es hoch her. »Die Anwohner im Umkreis von bis zu 200 Meter haben mit Wertverlusten von 50–100 T€ zu rechnen. Ich habe diese Zahlen mit Hilfe von Engel & Völkers geschätzt. Daraus ergibt sich ein Wertverlust von mindestens 5 Mio. Euro«, schreibt einer. Die Rechnung würde ich gerne mal kennenlernen. 700 Flüchtlinge entsprechen einer Schnellstraße oder 0,5 Müllkippen? Bei Engel & Völkers heißt es, ihr Vertreter im Alstertal sei »überrascht und verärgert« von der Behauptung, er habe zu einer solchen Kalkulation beigetragen.

Die wichtigsten Kritikpunkte, außer dem Wertverlust der Eigenheime, sind: Überlastung von Schulen und Kitas und – ich staune – der Fuhrpark der zukünftigen Bewohner: Wo sollen die Flüchtlinge, wenn sie erst mal etabliert sind, ihre Autos parken?

Donnerstag, 17. September. Zweites Treffen der Kritiker. Ihr größtes Problem: Niemand ist bereit, für das eigene Anliegen einzustehen. Daran, sagt *Abendblatt*-Chef Haider, sei auch das Gespräch mit dem Bürgermeister gescheitert: Die Gegner der Unterkunft wollten anonym bleiben. Und noch etwas misslingt: Die Initiative will nun auch Unterschriften sammeln, kann sich aber nicht auf eine Zahl von Flüchtlingen verständigen, die ihr noch akzeptabel scheint.

Mich interessiert an dem Manifest etwas anderes. Was soll das heißen: Die Pläne müssten »die im Baurecht vorgesehenen nachbarschaftlichen Belange be-

rücksichtigen«? Anfragen bei den Verfassern bleiben ohne Ergebnis, aber ein Rechtsprofessor hilft mir weiter. Ulrich Karpen, CDU-Mitglied und früherer Dozent Gero Tuttlewskis, hält die Bekenntnisse der Unterkunftsgegner zur Integration für »Girlanden«. Seit dem Rechtsstreit um die Sophienterrassen sei klar, sagt er, dass in sogenannten reinen Wohngebieten wie Harvestehude und Klein Borstel allenfalls kleine Flüchtlingsheime gebaut werden dürfen. Aus seiner Sicht könnte die Unterschriftensammlung Teil einer Unterstützungskampagne für zukünftige Kläger sein.

Dagegen ist natürlich nichts zu sagen. Aber sollte die Initiative den Klein Borsteler nicht erklären, was sie da unterschreiben?

Dienstag, 29. September. Das Lager der Gegner differenziert sich: Die Initiative »Lebenswertes Klein Borstel« will klagen, die Initiative »Gemeinsam für Klein Borstel« sammelt Unterschriften.

Freitag, 2. Oktober. Ein Nachbar berichtet, beim Treffen der Gegner sei ein Boykott der flüchtlingsfreundlichen Geschäfte vorgeschlagen, aber schnell verworfen worden. Zehn bis fünfzehn Kunden hätten sein Geschäft zeitweise gemieden, sagt der Blumenhändler. Andere Ladeninhaber sprechen über Flüchtlinge und den Boykott nur noch nach der Zusage, sie nicht zu zitieren.

Die einen fragen sich, was sie tun können, wenn Flüchtlinge nach Klein Borstel kommen, die anderen fragen sich, was sie dagegen tun können. Ich muss mir in Erinnerung rufen, dass die allermeisten weder dies noch das tun.

Toiletten sind aus

Flüchtlinge müssen auf der Straße schlafen, in Unterkünften gibt es Prügeleien: Hamburg ist am Rande seiner Kapazitäten VON SEBASTIAN KEMPKENS

Schlafen auf dem Boden kalter Baumarkthallen, kaum Waschmöglichkeiten, von Betreuung ganz zu schweigen: Die Situation für Flüchtlinge, die nach Hamburg kommen, bestreitet die Innenbehörde nicht. Die aktuelle Situation lasse zurzeit nichts anderes zu. »Es stimmt, dass wir nicht mehr in der Lage sind, Flüchtlinge rund um die Uhr vollständig zu betreuen«, sagt Björn Domroese, Sprecher der Innenbehörde. Auch dass es in Sachen Hygiene Probleme gebe, könne er nicht leugnen. »Es liegt ja nicht am Willen«, sagt Domroese. »Aber es gibt schlicht nicht mehr genügend WCs oder Duschcontainer.« Ziel des Senats sei es erst einmal, Obdachlosigkeit zu verhindern.

Die Situation wird wohl auch weiterhin angespannt bleiben. Am Wochenende konnten die Behörden kurzfristig gut tausend neue Plätze in dem ehemaligen Baumarkt in Eidelstedt und in einem Bürogebäude in Hamm schaffen. Aber dieser neue Raum sei in wenigen Tagen wieder voll, wenn weiterhin 400 bis 500 Flüchtlinge täglich in Hamburg ankämen, heißt es aus den Behörden. Chaotisch verläuft auch die Verteilung der Flüchtlinge auf die Bundesländer. Vergangene Woche mussten in Harburg 500 Asylbewerber im Freien schlafen, weil alle Unterkünfte voll waren. Viele Betroffene berichteten, sie seien aus anderen Städten nach Hamburg geschickt worden, weil es hier angeblich bessere Unterkünfte gebe. In der Behörde möchte man sich dazu nicht äußern. Dass hiesige Verantwortliche über solche Anweisungen nicht glücklich sind, dürfte aber klar sein.

Die Verteilung von Flüchtlingen regelt das sogenannte Easy-System. Dieses Programm verarbeitet die Registrierungen minutenaktuell. Kommen morgens viele Flüchtlinge in Dortmund an, werden sie von dort etwa nach Hamburg weitergeschickt. Erreichen abends viele andere Asylbewerber Hamburg, kann es sein, dass die Stadt sie wiederum nach Dortmund schickt. Sinnvoll ist das oft nicht. Aber immerhin: Dass dieselben Flüchtlinge zwischen zwei Städten hin- und hergeschickt werden, ist ausgeschlossen.

Stadt, durch die mangelhafte Unterbringung der Flüchtlinge drohe »Ghettoisierung«.

Den Vorwurf, dass elementare Standards der Unterbringung zum Teil nicht mehr eingehalten werden, bestreitet die Innenbehörde nicht. Die aktuelle Situation lasse zurzeit nichts anderes zu. »Es stimmt, dass wir nicht mehr in der Lage sind, Flüchtlinge rund um die Uhr vollständig zu betreuen«, sagt Björn Domroese, Sprecher der Innenbehörde. Auch dass es in Sachen Hygiene Probleme gebe, könne er nicht leugnen. »Es liegt ja nicht am Willen«, sagt Domroese. »Aber es gibt schlicht nicht mehr genügend WCs oder Duschcontainer.« Ziel des Senats sei es erst einmal, Obdachlosigkeit zu verhindern.

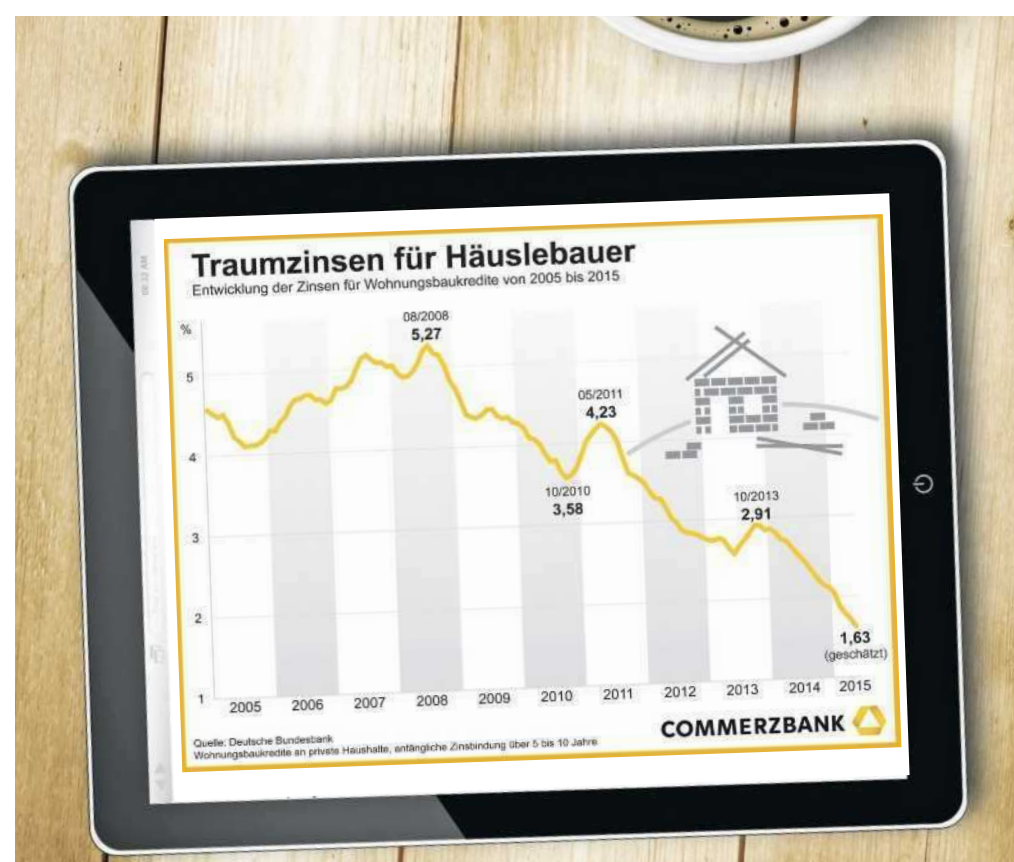
Die Situation wird wohl auch weiterhin angespannt bleiben. Am Wochenende konnten die Behörden kurzfristig gut tausend neue Plätze in dem ehemaligen Baumarkt in Eidelstedt und in einem Bürogebäude in Hamm schaffen. Aber dieser neue Raum sei in wenigen Tagen wieder voll, wenn weiterhin 400 bis 500 Flüchtlinge täglich in Hamburg ankämen, heißt es aus den Behörden.

Chaotisch verläuft auch die Verteilung der Flüchtlinge auf die Bundesländer. Vergangene Woche mussten in Harburg 500 Asylbewerber im Freien schlafen, weil alle Unterkünfte voll waren. Viele Betroffene berichteten, sie seien aus anderen Städten nach Hamburg geschickt worden, weil es hier angeblich bessere Unterkünfte gebe. In der Behörde möchte man sich dazu nicht äußern. Dass hiesige Verantwortliche über solche Anweisungen nicht glücklich sind, dürfte aber klar sein.

Die Verteilung von Flüchtlingen regelt das sogenannte Easy-System. Dieses Programm verarbeitet die Registrierungen minutenaktuell. Kommen morgens viele Flüchtlinge in Dortmund an, werden sie von dort etwa nach Hamburg weitergeschickt. Erreichen abends viele andere Asylbewerber Hamburg, kann es sein, dass die Stadt sie wiederum nach Dortmund schickt. Sinnvoll ist das oft nicht. Aber immerhin: Dass dieselben Flüchtlinge zwischen zwei Städten hin- und hergeschickt werden, ist ausgeschlossen.

ANZEIGE

HAMBURGER UNTERNEHMEN STELLEN SICH VOR



Seit Jahren fallende Immobilienzinsen lassen den Traum von den eigenen vier Wänden in greifbare Nähe rücken

Frank Habertzettel, Bereichsvorstand Private Kunden Marktregion Nord, Commerzbank AG

Commerzbank-Filiale am Jungfernstieg in Hamburg



Individuell beraten – unabhängig finanziert

EIN BEITRAG DER COMMERZBANK

Nina und Marco S. haben ihre Traumwohnung gefunden. Jetzt brauchen sie nur noch die passende Finanzierung. Im Internet haben sie sich bereits informiert. Jedoch haben sie zu einer möglichen Finanzierung noch eine Reihe offener Fragen. Deshalb haben sie beschlossen, sich in einer Bank persönlich beraten zu lassen. Da beide aber beruflich stark eingespannt sind, können sie sich nicht die Zeit nehmen, die unterschiedlichen Angebote mehrerer Banken miteinander zu vergleichen. Der Hinweis eines Arbeitskollegen brachte Marco darauf, sich von der Commerzbank zu einer möglichen Baufinanzierung beraten zu lassen. »Der Berater ist nicht nur auf unsere persönliche Situation eingegangen und hat uns individuell beraten, sondern hat uns auch viel Zeit und Geld gespart, indem

er aus den zahlreichen Angeboten am Markt die günstigste und passendste Baufinanzierung für uns herausgesucht hat«, so der Kollege. Das überzeugte die künftigen Immobilienbesitzer, und sie vereinbarten einen Beratungstermin bei der Commerzbank.

»Bereits seit 2012 bieten wir diese unabhängige Immobilienfinanzierung an«, so Frank Habertzettel. »Wir besprechen

»Unsere Kunden schätzen die unabhängige Beratung in der Baufinanzierung«

mit dem Kunden zunächst seine Lebensumstände und seine finanzielle Situation, bevor wir ihm dann aus rund 250 Anbietern in Deutschland die Finanzierung aussuchen, die am besten zu ihm

passt. Das kann natürlich eine Finanzierung aus dem Hause der Commerzbank sein – aber wir vermitteln auch die von anderen Anbietern.« Die Commerzbank profitiert von diesem Angebot. »Unsere Kunden sind sehr zufrieden und schätzen die umfassende Bedarfsanalyse und unabhängige Beratung in der Baufinanzierung. Auch aus diesem Grund ist unser Baufinanzierungsvolumen in den vergangenen Jahren stark angewachsen.«

Bis August 2015 hat die Commerzbank im Norden für mehr als 2,26 Milliarden Euro Wohneigentum finanziert, der Hamburg-Anteil daraus betrug mehr als 800 Millionen Euro. Das ist etwa ein Viertel mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. »Viele Kunden wollen jetzt noch finanzieren, auch wenn die Zinsen zwischenzeitlich einmal steigen. Denn das Zinsniveau ist insgesamt immer noch historisch niedrig. Die meisten Kunden bevorzugen eine Zinsbindung

von zehn Jahren, aber auch längere Zeiträume werden in den letzten Jahren immer mehr nachgefragt. Bei den aktuell niedrigen Zinsen raten wir unseren Kunden, sich die Zinsen langfristig zu sichern und eine höhere Tilgung zu wählen. Fördermittel der KfW und der Investitions- und Förderbank Hamburg bauen wir natürlich da, wo es für unsere Kunden sinnvoll ist, gern in die Finanzierung ein«, so Frank Habertzettel. Auch Nina und Marco S. waren von dieser Beratung überzeugt und haben ihre Wohnung über die Commerzbank finanziert.

Kontakt

24-Stunden-Beratung & Terminvereinbarung: Tel. (069) 98 66 09 66
Sie finden uns an über 70 Standorten in der Metropolregion Hamburg: www.filialsuche.commerzbank.de

COMMERZBANK